

Die 4 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Resten die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstellen. Erfüllungsort: Halle. Erbschaft täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsstellen Halle, Neue Dromedars 19, St. Draubaustr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Groß-Wiechstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Volks-Zeitung

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ansschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Coale-Zeitung eingetragen. Für unvorläufig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Coale-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1413 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 11233

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 326.

Halle, Mittwoch, den 25. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Wendung in der russisch-polnischen Frage.

Die Luzerner Beschlüsse.

Die neuesten polnischen Waffenerfolge haben sich für Frankreich im allgemeinen und für Herrn Millerand im besonderen als recht nützlich erwiesen. Die Pariser Presse wird das Communiqué, das nach dem Abschlusse der Besprechungen zwischen Lloyd George und Giolitti an die Zeitungsverleiher gegeben wurde, sehr befreudigt kommentieren. Sie wird auch mit Beugung feststellen, daß Herr Dr. Simons sich umsonst nach Luzern bemüht hat und „weder direkt noch indirekt“ mit dem englischen Ministerpräsidenten in Verbindung gelangen konnte. Wenn die Russen nicht 16 Kilometer vor Warschau hätten umkehren müssen, wäre diese Verbindung — wenn auch „indirekt“ — vielleicht eher zustande gekommen.

Es ist mindestens verfrüht, von einer Umkehr der Russenpolitik Lloyd Georges zu sprechen. Was bisher vorliegt, ist nur eine Abänderung der Taktik, ein Uebergehen von der Ueberredung zur Einschüchterung, von der Flöte zur Trompete. Auch nach der Niederlage der Bolschewisten, deren Tragweite und Nachahmlichkeit nicht feststeht, denkt der englische Premierminister schwerlich daran, die Sowjets mit Waffengewalt niederzuwerfen. Nach wie vor wünscht er die Beendigung des russisch-polnischen Kampfes, nach wie vor weigert er sich grundsätzlich nicht, die Sowjets anzuerkennen, nach wie vor überläßt er mit ironischem Achselzucken, den General Wrangel den Franzosen. Aber er hält den Augenblick für günstig, mit starken Einschüchterungsmitteln auf die Räteregierung zu wirken, damit sie einem den polnischen Wünschen entsprechenden Frieden zustimme. Denn die Gründe, die die britische Politik veranlassen, ein Einvernehmen mit den Sowjets zu suchen, bestehen fort. Die bolschewistische Niederlage vor den Toren Warschaws kann einen Gelegenheit bedeuten, diesen Frieden zu beschleunigen, aber auch eine Gefahr, daß er unannehmbar verzögert werde. Denn, wenn es jetzt in Minsk zum Abbrüche der Verhandlungen kommt, geht der Kampf weiter. Die Russen werden versuchen, den Freigeistverlust, den sie erlitten haben, wettzumachen, die Polen werden sich, wenn ihre Erfolge noch wachsen sollten, schwer davon abhalten lassen, von neuem die Ziele ihres östlichen Imperialismus zu verfolgen. Der Brand bleibt jedenfalls ungelöscht und niemand weiß, wie weit die Funken fliegen werden.

Deshalb sucht Lloyd George die Gelegenheit zu ergreifen und die Gefahr zu bannen. Er versucht es mit einer Drohung, die, äußerst schroff in der Form, doch den auch für die Sowjets gangbaren Ausweg deutlich ins Licht rückt. Wenn die Sowjets darauf verzichten, die Auffstellung eines Arbeiterheeres von Polen zu verlangen, so scheint der englische Premierminister gegen ihre übrigen Forderungen, wie sie von Kamenew seinerzeit mitgeteilt wurden, auch jetzt noch nicht sonderlich viel einzuwenden. Es ist übrigens mehr als ein Wort, wenn Lloyd Georges Einschüchterungsaktion an diese nachträglich bekanntgewordene Bedingung der Bewaffnung der polnischen Arbeiter anknüpft. Denn sie bedeutet praktisch die Bolschewisierung Polens, gegen die sich die Politik Englands auch außerstrebe gemehrt hätte, wenn die Russen inwäsend in Warschau eingezogen wären. Nur daß für diesen Widerstand dann wahrscheinlich andere Formen gefunden worden wären.

Aber obwohl sich an den Zielen der britischen Diplomatie nichts Wesentliches geändert hat, bringt der Beschluß der Taktik sie doch äußerlich wieder in stärkeren Parallelismus mit der französischen. Wenn die Einschüchterungsaktion des Engländers gelingt, so wird der Friede für Polen — nicht nur in der speziellen Frage, auch die sich das Ultimatum bezieht, sondern ganz allgemein — günstiger werden als man noch vor kurzem annehmen konnte. Eine Stärkung Polens ist aber ohne weiteres eine Stärkung der französischen Politik. Möglicherweise, so läßen aber Indern sich mindestens die Fäden, die Lloyd George seit vielen Monaten mit der Sowjetregierung angeknüpft hat, und die englische Politik im Osten nicht sich ganz automatisch — wenn auch passiv — der französischen.

ten des Verbandes und der Zusammenarbeit sehen und aus den Worten „seitens aller Parteien“ eine Mahnung an Frankreich herauslesen. Indes wird der Quat Dr. Day, dem Joechen von Luzern aus eine gemeinsame Aktion zur Sicherung der Waffendurchfuhr nach Polen über Danzig vorgeschlagen wurde (Herr Tomer wird wohl gehen müssen) diese Mahnung nicht sonderlich tragfähig zu nehmen brauchen.

Die russisch-polnische Frage im neuen Stadium.

London, 24. August. Der Korrespondent der „Times“ in Luzern meldet: Die veränderten Bedingungen der Räteregierung für Polen haben eine plötzliche und dramatische Wendung in die europäische Lage gebracht. Lloyd George und Giolitti haben gemeinsam beschlossen, die russische Regierung nicht zu anerkennen und ebenso wenig an ihr zu verhandeln. Auch haben sie Millerand ein gemeinschaftliches Vorgehen vorgeschlagen, um für Polen alle Rechte auf Grund des Versailler Vertrages zu erzwingen. Der offizielle Bericht, der gestern abend gleichzeitig in Paris, London und Rom veröffentlicht wurde, besagt, daß Frankreich nicht zu denken brauche, daß die Uebererkenntnis um hinsichtlich der polnischen Frage verloren gehen würde. Giolitti habe erklärt, daß bei allen Alliierten völlige Uebereinstimmung bestehe. Lloyd George kam erst gestern morgen in den Besitz der offiziellen Erklärung, nach der die Räteregierung ihre Forderungen wechselt und hierdurch eine Abänderung der ganzen Lage veranlaßt. Die plötzliche antage getretene Wöfist der Bolschewisten, ein sogenanntes Arbeiterheer anzustellen, hat Lloyd George aufs höchste verstimmt. Nach Moskau ist ein Telegramm gelangt worden, das im wesentlichen ein Ultimatum darstellt, und dessen Beantwortung bis Ende dieser Woche verlangt wird. In diesem Telegramm werden die französischen Bedingungen, die Polens Rechte garantieren, aufrecht erhalten, während zugleich auf die Verwendung von Ententes Streitkräften angespielt wird, um Polen zu schützen. Lloyd George hob ausdrücklich hervor, daß seine Weigerung, die Räteregierung anzuerkennen oder mit ihr zu verhandeln, nichts mit der Tatsache zu tun habe, daß die Räteregierung eine Diktatur des Proletariats ist. Er sagte, daß die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit Polens für alle Mächte von großer Bedeutung sei.

Amsterdam, 24. August. Der Korrespondent des „Dailly Chronicle“ in Warschau meldet, daß die russischen Delegierten in Minsk mit Rücksicht auf die Erfolge der Polen gemäßigtere Friedensbedingungen stellen.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz.

Reichenburg, 24. Aug. Der russische Nordflügel unternahm in der Nacht zum 24. einen energischen Gegenstoß, der schon Früchte gezeitigt hat. Nach heftigen Gefechten räumte die Polen der Zügel zwischen Mlawa und Chococz. Im Korridor finden heftige Kämpfe statt, ebenso in der Nähe von Reichenburg. Eine ergänzende Meldung aus Reval besagt hierzu noch folgendes: Wie von der russischen Front verlautet, ist es der russischen Nordarmee gelungen, sich der drohenden Einschließung durch die Polen zum größten Teil zu entziehen. Der Hauptteil der Armee scheint in Sicherheit zu sein, während der Rest des Heeres von den Polen verfolgt werde.

Paris, 24. August. (Voll. Ztg.) Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Warschau dauert die polnische Offensive auf der ganzen Front mit wachsendem Erfolge an. Man nimmt an, daß sechs bis acht bolschewistische Divisionen vollständig vernichtet und acht weitere zur Hälfte gefangen worden sind. Die Zahl der Gefangenen beläuft sich auf ungefähr 40 000. Nur noch die 4. und 14. Roten Armee sind imstande, weiter zu kämpfen. Die 4. Armee, die mit ihrer Spitze gegen Nordwesten nach Warschau zu vorgerückt war, und die Weichsel an der deutschen Grenze erreicht hatte, zieht sich rasch zurück, und ist abgehackt zu werden. Das bolschewistische Oberkommando hat den Truppen, die noch bei Domsa stehen, den Befehl gegeben, um jeden Preis Stanzhaltien, damit die Möglichkeit des Rückzuges der 4. Armee erhalten bleibt.

Bisher 24 000 Bolschewisten nach Deutschland übergetreten.

Königsberg i. Pr., 24. August. Besondere Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. Die Zahl der übergetretenen Bolschewisten hat sich weiter erhöht, so daß bis jetzt im ganzen etwa 24 000 die Grenze überschritten haben. — Von auständiger Seite wird uns noch weiter mitgeteilt: Alle Maßnahmen zum Schutze der Grenze sind getroffen. Die

ostpreussische Reichswehr, die Sicherheitspolizei, aufgebotener Selbstschutz und freiwillige Helfer aus der Bevölkerung sind eingesetzt, um die Massen der Uebergetretenen zu entwaffnen, zu internieren und zu bewachen. Als Internierungslager dient bis zum Abtransport des Lager Arzgs. Die getroffenen Maßnahmen bieten jede Gewähr für die Durchführung des zur Wahrung der Neutralität Nötigen.

Die Lage in Danzig.
Paris, 24. August. Savaas meldet, daß der Oberkommandant von Danzig Hr. Reginald Tomer durch eine Note der Völkervereinigung aufgefordert worden ist, die Entladung des für Polen bestimmten Kriegsmaterials im Danziger Hafen gegebenenfalls durch Truppen und Schiffe der Alliierten sicher zu stellen, falls die dortigen Hafenarbeiter sich weigern sollten, die Schiffe zu entladen.

Die Mitwirkung Amerikas.
Danzig, 24. August. (Voll. Ztg.) Am 16. August ist ein Geschwader von 14 großen amerikanischen Kriegsschiffen, darunter drei Schlachtschiffe, vier große Kreuzer und eine Torpedobolflotte, von der Küste von Virginia mit verriegelter Orber nach der Ostsee in See gegangen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sein einziger Bestimmungsort Danzig ist, wo sich, wie erklärt wird, die Anwesenheit einer starken amerikanischen Flottenescorte als notwendig herausstellt.

Die in Danzig eingetroffenen amerikanischen Transpordampfer „New Rochelle“ und „Susquehanna“, der eine mit 1800, der andere mit etwa 1500 polnischen Rückwanderern an Bord, deren Einwanderung die polnische Regierung verweigert, weil sich die wechsfähigen Männer nicht zum Seeresdienst einzulassen lassen wollen, werden wieder nach Amerika zurückgebracht werden. Die polnischen Rückwanderer sind vorläufig noch im Lager von Trool untergebracht. Gleichzeitig mit den polnischen Passagieren haben die amerikanischen Dampfer übrigens eine Ladung von Seeresmaterial mitgebracht, über dessen Bestimmung nur Vermutungen geacht werden können.

Der erste Lord der Admiralität in Kopenhagen.

London, 24. August. (Eigene Meldung.) Gestern trat in Kopenhagen auf seiner Tacht „Grafton“ der erste Lord der Admiralität Minister Long, in Kopenhagen ein. Einem Pressevertreter erklärte er, England erfreue sich dankenden Frieden, der der Welt die Früchte des Sieges sichern könne. Minister Long hofft, daß die letzten Ereignisse an der russisch-polnischen Front den Frieden beschleunigen würden. Er wird sich von Kopenhagen nach Danzig begeben, um sich dort über die östlichen Verhältnisse zu unterrichten, doch ist es ungewiß, ob er dort eine Zusammenkunft mit polnischen Politikern haben wird.

Die Lage in Oberschlesien.

Kattowitz, 24. August. Die Bahnhöfe der Eisenbahnstrecke Kattowitz-Mysłowiz sind von französischen Truppen besetzt. Die Reisenden werden nach Waffen untersucht, jede Einmischung Unbefugter in den Eisenbahnbetrieb oder jeder Terror gegen Eisenbahndienstleistungen wird verboten. Um freie Gleise ist ein zunehmendes Bandenwesen festzustellen. Die Stadt Kattowitz wurde heute besetzt. Die Ausschreitungen in den Randkreisen nehmen in überaus großem Umfang zu.

Angaben eines Lehrers Kapelle aus Kattowitz bei Kattowitz, für die er sich persönlich verbürgt, geben ein erschütterndes Zeugnis von der geradezu bestialischen Grausamkeit, mit der die Polenherden in den von ihnen überfallenen Dörfern haufen. Nachstehend die Reihenfolge der Morbdaten, wie sie von Kapelle aus dem Dorfe Alt-Dubensko gemeldet wird. In dieser Driftzahl wurden von den Polen getötet: Hauptlehrer Pentalla, Lehrer Kemmer, Frau Zöllner mit Kind und Frau Förster Drohnia mit Kind. Ferner ein Sohn des Försters Geier, ein Knecht und eine Magd. Schmer verletzt wurden der Eisenbahner Kattowitz und die Förster Drohnia und Geier, doch konnten diese Männer noch flüchten. Die erstgenannten Personen haben sich im Laufe des Zöllner in der Nacht vom Sonntag zum Montag bis 1 Uhr morgens in der bedenklichsten Weise gegen die Aufständischen zur Wehr gesetzt. Um 2 Uhr ging das Haus in Flammen auf; die Insassen kamen um. Führer der Aufständigen, die Kattowitz verbrüht, ist ein Kaufmann Kattowitz aus Kattowitz. Sie brachen stets nur bei Nacht in die Dörfer des Kreises Kattowitz ein und sind meist betrunken. Die Blutgier der Bandenkennet kein Erbarmen. Sie ist schwer bewaffnet und etwa 300 Personen stark. Der größte Teil von Geförden und Insassen des Kreises Kattowitz ist in den Händen der Aufständigen.

Mysłowiz, 25. August. Die Entlassungsaktion der Enten bleibt erfolglos. Die bewaffneten Polen drangsalierten fortgesetzt die deutsche Bevölkerung und plünderten die Wohnstätten. Sie rufen jetzt gegen Kattowitz und Dösel vor. Es sind polnische

pläne bekannt geworden, wonach für Rottomth heute mit einem Aufstand zu rechnen ist. Espreßherwele flant vor Bergarbeiterkreuz ab. Der noch streikende Teil der Arbeiter setzt sich nur noch aus jungen Burken zusammen.

Breslau, 25. August. Nach einer Meldung der Schlesischen Volkszeitung soll der Abstimmungstermin nach ministeriellen Informationen der transsylvanischen Behörde auf die erste Oktoberwoche festgesetzt sein.

Merseburg, 25. August. Die Studenten der Pölnener Universität sind förmlich als politische Agitatoren nach Obereschleien geschickt worden. Gestern explodirte das Laboratorium der Pölnener Universität, die Schuld daran wird den Deutschen angelastet. Es besteht die Furcht vor weiteren Programmen. Der amüsante „Bromberger Strohjägerspott“ bringt einen Wink, in dem gesagt wird, es sei jetzt die Zeit, die Deutschen zu vernichten.

Berlin, 24. August. Von zehner Stunden Stelle wird mitgeteilt: In den nächsten Stunden, welche die Republik von der Kontrolle des Reichspräsidenten zum Reichspräsidenten in der letzten Woche durchläuft, hat sich die anarchistische Propaganda der Sicherheitspolizei im Kampf für die Aufrechterhaltung der Ordnung aus neue bemächtigt. Mit ungenügender Bewaffnung und an Zahl ihren Geometern weit unterlegen, trat sie überall den aufständischen Verbänden unerschrocken entgegen. Gegen eine erdrückende Übermacht und ohne Hoffnung auf nachdrückliche Unterstützung hat sie auf verlorenen Posten bis zum letzten Augenblick gehalten und ihre Wucht mit Opfern an Blut und Leben bezahlt. Der Minister des Innern hat sich nicht ohne Bedauern über die Verhältnisse im Reichspräsidentenwahlgebiet geäußert, die die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht nur noch unzureichende Mittel und größtenteils unzureichende Bewaffnung, sondern auch die Unzulänglichkeit der Sicherheitspolizei, wobei namentlich seinem Verlangen um Zusätzliche Unterstützung, haben sich die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahnen und den Regierungen nicht, über die allgemeine Waffentransportkontrolle gehalten. Die Eisenbahner haben in den zukünftigen Ausmaß auch Mitglieder der Reichspräsidentenwahlkommission und die Unabhängigen hineingezogen. Auch kommunistische Vertreter sollen den Kontrollstellen ausgesetzt werden. Wenn diese Forderung der Waffentransportkontrolle mit politischen Parteien haben sich selbst die Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner gebandt, die nicht dulden wollen, daß die Eisenbahner den Eisenbahnbetrieb fernhalten. Ihre Forderung ist: Die Eisenbahnen der Eisenbahnen! Sie haben deshalb Bewaffnung gegeben, die neuerschaffenen Eisenbahnbetriebsunterstützungen nicht anerkennen und sich um ihre Verbindungen nicht kümmern. Das Berliner Tagblatt billigt diese Haltung der Eisenbahner, die dadurch die Etablierung einer förmlich-kommunistischen Nebenregierung verhindern werden, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist. Wenn die Regierung entgegen, müsse das Parlament entscheiden gegen die linksradikale Front machen.

Die Eisenbahner und die Waffentransportkontrolle.

Berlin, 25. August. Die Frage des in Berlin festgehaltenen Waffentransports für die künftige Sicherheitspolizei hat ihre Klärung gefunden. Der Reichspräsident von Königsberg hat auf einen Teil der darin enthaltenen Munition verzichtet, weil dieser Teil bereits vor dem Abkommen von Spa bestellbar war und in Zukunft nicht mehr von der Sicherheitspolizei verwendet werden darf. Der Rest des Transportes, der nur noch Ausrüstungsstücke und größtenteils unzureichende Bewaffnung, wird namentlich seinem Verlangen um Zusätzliche Unterstützung, haben sich die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahnen und den Regierungen nicht, über die allgemeine Waffentransportkontrolle gehalten. Die Eisenbahner haben in den zukünftigen Ausmaß auch Mitglieder der Reichspräsidentenwahlkommission und die Unabhängigen hineingezogen. Auch kommunistische Vertreter sollen den Kontrollstellen ausgesetzt werden. Wenn diese Forderung der Waffentransportkontrolle mit politischen Parteien haben sich selbst die Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner gebandt, die nicht dulden wollen, daß die Eisenbahner den Eisenbahnbetrieb fernhalten. Ihre Forderung ist: Die Eisenbahnen der Eisenbahnen! Sie haben deshalb Bewaffnung gegeben, die neuerschaffenen Eisenbahnbetriebsunterstützungen nicht anerkennen und sich um ihre Verbindungen nicht kümmern. Das Berliner Tagblatt billigt diese Haltung der Eisenbahner, die dadurch die Etablierung einer förmlich-kommunistischen Nebenregierung verhindern werden, die mit der Verfassung nicht vereinbar ist. Wenn die Regierung entgegen, müsse das Parlament entscheiden gegen die linksradikale Front machen.

Sturmzeiten in der Danziger verfassunggebenden Versammlung.

Danzig, 25. August. (Eig. Meldung.) Eine Sprengung der Verfassung der verfassunggebenden Versammlung führten heute Nachmittag die Unabhängigen durch. Sie hatten am letzten Freitag einen Antrag eingebracht, die verfassunggebende Versammlung vollständig beizulegen, den Staatsrat zu erlösen, die sofortige Freilassung der wegen der Vorgänge am 20. Juli Verhafteten anzuordnen. Heute vormittag ver-

unterzeichnete die „Sache. Zeitung“ Donnerstag, den 26. August. Inhalt: Der Puppenjäger. Roman von Karl Rosen. — Der Gärtner. Gedicht von Wolf Kaspa. — Vom guten Kino. Von Arthur H. H. — Morde per Post. — Neues von Guitao Mahler. — Literatur.

Eine Volksbühne in Halle.

Die Kunst hat mit der Politik nichts zu tun. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es eine fortschrittliche Kunst gebe und eine reaktionäre, die Kunst ist an und für sich fortgeschritten. Die Kunst arbeitet sie nie, sie ist um ihrer selbst willen da. Sie wirkt auf den Zuschauer oder Zuhörer erlebend, sie läßt Harmonie entstehen, sie befreit die Gemüther des Stolzes, der Freude, der Trauer, des Gemeinfinns und Obedienz von den fälschlichen und sentimentalischen Nebengedanken und läßt damit den einzelnen Menschen wie die Masse vorwärts schreiten.

Der Krieg und seine Folgen haben die Politik voran in den Vordergrund gerückt, die Sinne der meisten Menschen beengt umrückt, daß die Voraussetzungen für Kunstgenuß, der Wille zur Erhebung unerschrocken werden. Mehr als einmal haben wir in Halle niederknieternde und für ein gebildetes Volk bezeichnende Tausche erleben müssen, daß Dichtungen und Bühnenwerke lediglich auf politische Gedanken, politische Voraussetzungen und politische Möglichkeiten hin untersucht worden sind.

Um so erfreulicher ist es, daß sich nun endlich Männer aller Strömungen gefunden haben, die gemeinsam ein bedeutsames Werk gründen wollen: Eine Volksbühne für Halle. Der geheime Verein will dem Volke Kunstgenuß in jeder Form bieten, in erster Linie Theateraufführungen. Die moralische Erziehung der Schaubühne, die vorerstes geworden ist, soll wieder Geltung bekommen. Das Theater, das zur Vermittlungsfähigkeit, zur Gesellschaftsfähigkeit im besten Sinne des Wortes aber gar zum politischen Zummelpfad geworden ist, soll wieder das werden, was es zur Zeit Späteres und zur Zeit der Klassiker war: Die Stätte der Kunst für das ganze Volk.

Es bedarf großen Kundverhältnisses, eines freien Willens, reiner Absichten, großer Energie und unermüdbaren Fleißes, wenn ein solches Werk gelingen soll. Anfängliche Mißgeschicke dürfen nicht entmutigen. Die Masse hat so viele Enttäuschungen erlebt, daß sie tausendfach gehen, daß Enttäuschungen triumphieren, wo ihr Ideale vorgemacht worden waren, daß sie heute die Größe eines Gehaltens will das

bedreiten sich in der Stadt Gerüchte, die wissen wollten, daß aus Anlaß der heutigen Beratungen vor dem Gebäude der verfassunggebenden Versammlung Demonstrationen linksradikaler Elemente stattfinden würden. Auf Grund dieser Gerüchte besetzte die Danziger Sicherheitspolizei um 1 Uhr mittags das dem Landeshaus gegenüberliegende Regierungsgebäude. Sie räumte mit zwei Selbstmordbomben an und brachte auch ein Waffengeheuer mit. Außerdem wurde das Gerüchtfähigkeit besetzt, daß man mit einem Sturm auf das Gefängnis rechnete. Diese Maßnahmen veranlaßte die Fraktion der Unabhängigen zu Beginn der heutigen Plenarsitzung einen Antrag einzubringen, nicht früher in die Verhandlungen einzutreten, bis der Staatsrat für die sofortige Entfernung der Sicherheitspolizei aus dem Gebäude geordert habe. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Polen abgelehnt. Als nun in die Erlebung der Tagesordnung eingetreten werden sollte, entspann sich eine wilde Beschäftigungsdebatte. Die Unabhängigen lärmten, beschimpften die bürgerlichen Abgeordneten mit Wordbänden und so weiter und respektierten auch die anbandernden Glockenzeichen des Präsidenten nicht, der immer wieder betonte, daß ein derartiges Benehmen des Parlamentarismus erschwere. Die Unabhängigen behinderten die Stenographen bei der Aufnahme und drangen auf die Deutschnationalen ein, wo es zu erregten Auseinandersetzungen kam. Als alle Verühnungsberichte nicht hatten, gab der Präsident durch Klapsen seiner Kopfbedeckung den Abbruch der Sitzung bekannt.

Neue Lohnforderungen der Ruhrarbeiter.

Eilen (Ruhr), 24. August. Die Bergarbeiterverbände haben den Lohnrat im Ruhrbezirk gebittet und fordern eine Lohn-erhöhung von 6 Mark pro Stunde für die Untertagearbeiter und von 65 Pfennig pro Stunde für die Obertagearbeiter. Auch die Angestellten-Organisationen haben den Lohnrat zum 31. August gebittet.

Dr. Koch über seine Reise in das besetzte Gebiet.

In der Kabinetsitzung am Dienstag berichtete der Reichsminister des Innern über seine Reise ins besetzte Gebiet. Er hob hervor, daß sich in den zahlreichen Besprechungen mit Angehörigen aller Parteien und Berufsständen die fast totale Entschiedenheit ergeben habe, mit der die Bevölkerung an dem Reichsgebiet festhalte. Durch eine bewußte und tendenziöse Propaganda habe die Bevölkerung auf ihre nationalen Pflichten hinzuwirken, sei unmöglich und werde von allen Kreisen und Parteien des besetzten Gebietes entschieden abgelehnt. Dagegen sei es von der größten Bedeutung, die hohe obenstehende deutsche Kultur des Rheinlandes und dadurch der Zusammenhalt des Rheinlandes mit der deutschen Kultur zu stärken. Ueber die Wege habe er sich mit den Führern des Bildungswesens, der Kunst, des Sports und der Jagdengelegenheiten besprochen. Ferner wurde eine Kreisverteilung der Beamten, die dem Reichsminister gegenüber getätigt wurden, den unabhängigen Ministerien zur Berücksichtigung übermietet. Endlich wurden die durch die starke Besetzung des Rheinlandes hervorgerufenen Beschwerden und die darüber mit der interalliierten Kommission geführten Verhandlungen des Reichsministers erörtert.

Dr. Peters zur Entwaffnungsaktion.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, Dr. Peters, machte vor Vertretern der Presse Ausführungen über die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes, denen wir folgen entnehmen.

Bei den bisherigen Führern, gemäß dem Verlauf sich in Deutschland ein wahrhaftes Bild zu dem Reichsgebiet hat“, erklärte der Reichskommissar, wäre eine Entwaffnungsaktion ohne den Zwang der Einsicht notwendig gewesen, um wieder zur Ruhe und zu aufbauender Arbeit zu kommen. Es waren bei der Durchführung des Gesetzes zwei Wege zu trennen: die friedliche Sammlung der vorhandenen Waffen und gewalttätige Maßnahmen, um in den Besitz widerrechtlich zurückgehaltenen Waffentmaterials zu kommen.

einer Volksschöne nicht erfahren kann. Der Liebe und der Ausdauer der führenden Männer bedarf es, um dem Volke den Glauben zurückzugeben.

Mit der allen Schöne muß das Theater brechen können man dem mitnützigen, was das höchste Kunstmittel vorstellung, so werden die Hoffnungen schnell zerfallen. Die ständige Klassikerbestellung mit den bezerrten Klaffen und immer wieder aufgetragenen schablonenhaften Einführungen der Rollen geben dem Mann mit klarem Blick das Bild des Wahnsinns und des Unnützen. Die Volksschöne darf nur Vorstellungen bieten, an denen Regisseure und Darsteller mit ganzem Herzen arbeiten, die von Grund aus neu entstanden sind. Das Unterhaltungsstück braucht keineswegs zu fehlen. Hier müssen Humor, Schlagsfertigkeit, Gewandtheit die Schwärze des Alltags erhellen. Das klassische Schauspiel, das moderne Schauspiel, Romantizismus und Naturalismus und Realismus, Impressionismus und Expressionismus, Tragödie, Schauspiel, Lustspiel, auch Schmaus und Operette dienen den Befriedigungen einer wachen Volksschöne. Goethe, Schiller, Büchner, Kleist, Schopenhauer, Molière, Strindberg, Ibsen, Hauptmann, Gerhart Hauptmann, Wedekind, Kaiser, Holbein, Marbach, Dreher, Arno Holz, Strindberg, Ibsen, Höpfer; aber auch Mendel und Offenbach und Müllers, sind am Platz. Gastspiele fremder Künstler, Uraufführungen, literarische Vorträge, Vortragskäfte, literarische Kurse, Kunstausstellungen, Volksspiele sogar sollen geboten werden, wenn sie aus reinen Absichten und künstlerischen Bestrebungen hervorgegangen sind. Wenn das Thalia-theater als Hauptbühne gebildet ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß sich die Volksschöne auf dieses Theater beschränken muß. Sie mag sich gelegentlich auch das Stadttheater, das Mittelstünd-Theater, das Kaufmännische Gesellschafts-, eine Freilichtbühne, dienbar!

Die Volksschöne schaffe sich Bewegungsfreiheit! Alle, die Laufende die erhofft werden, können nicht bestimmen. Die Laufende werden sich eine Reihe von Männern, zu denen sie Vertrauen haben, wählen müssen. Aber sie dürfen die Wahl nicht abhängig machen von politischen und gesellschaftlichen Erwägungen. Sie dürfen den Vorstand nicht auf so lange Zeit wählen, damit immer wieder Korrekturen vorgenommen werden können.

Aust und Liebe und Begeisterung sind die ersten Voraussetzungen. Fehlen diese, dann wird die Volksschöne zu einem Theaterverein herabgedrückt, der nur dazu da ist, den Mitglie-

ter Hand bei all diesen Erwägungen von vornherein auf dem Standpunkt, daß zuerst und möglichst ausschließlich die Friede in die Mittel angeordnet werden müßten; außerdem steht es nicht an, zu erklären, daß mir eine befriedigende Durchführung des Gesetzes mit Gewalt nicht nur unmöglich erscheint und jedenfalls von den schwersten Schädigungen und Gefahren aller Art begleitet sein würde. Es ist unerlässlich notwendig, mit Freigabe der Objektivität vorzugehen und keiner Partei oder Tendenz einen Vorzug zu leisten. Außer der Ablieferungspflicht in dieser Zeit besteht eine Ablieferungspflicht für jeden Deutscher, der Kenntnis von vorhandenen Waffen- oder Munitionslagern hat. Der Angehörige muß seine Angaben, die nicht immer ungewissheit sein werden, eiliglich erklären. Ebenso sind alle Vereinigungen, auch solche, die bisher legal im Besitz von Waffen waren, zur sofortigen Abgabe verpflichtet. Dahin gehören aber auch solche Gruppen der „Ordnung“, die Waffen haben.

Danach kam der Reichskommissar auf die Teile der Ausführungsbestimmungen zu sprechen, in denen der Begriff der Waffe festgelegt wird. Er wies darauf hin, daß ausdrücklich das Wort „neueigentlich“ gewählt worden sei, da sonst die alten Waffenbesitzer und die Kanonentore an der Siegesfälle, die absolut keinen modernen Waffenwert haben, ebenfalls unter das Gesetz gefallen wären. Auf die Frage, ob auch das Jagdgewehr unter die abzuliefernden Waffen zu rechnen sei, entgegnete Dr. Peters: „Soweit sich Jagdgewehre in den Händen von Forstleuten, Gendarmen, Jäger- und Waidhütern befinden, fallen sie nicht unter das Gesetz, alle Pistolen hingegen aber, die in Privatbesitz sind, müssen ebenfalls abgegeben werden und a fortiori für die Entwaffnung übergeben, in Preußen außerdem noch Bezirkskommissare. Diese Kommissare werden vorausichtlich von der Regierungspräsidenten ausgestellt werden. Wie schon erwähnt, will ich in weitestgehendem Maße die vorhandenen Beamtensorganisationen für meine Aufgaben heranziehen. Um die Ablieferung zu fördern, habe ich beschließen, das System der Prämienunterstützung für die Ablieferung einzuführen. Eine besondere Bedeutung sollte die der Werbestärke zu sein. Es sind Plakate vorbereitet, die zur Ablieferung dazu auffordern, und ich will versuchen, durch einen Wettbewerb auch das Lichtbild in die Dienste meiner Arbeit zu stellen.“

Die Organisation der Ablieferung selbst läuft örtlich erfolgreich. Die Sammelstellen sollen in den Räumen der Ortsbehörden angelegt werden, da die Kollege über Post dazu nicht geeignet erscheinen. Ich muß übrigens bemerken, daß diese Ausnahme bestimmter Gemeinden ungenügend meinen Wunsch erfüllt hat, da ich darin die Möglichkeit einer nicht geringen Erleichterung meiner Arbeit sehe. Bei den einzelnen Ländern werden Landeskommissare für die Entwaffnung übergeben, in Preußen außerdem noch Bezirkskommissare. Diese Kommissare werden vorausichtlich von der Regierungspräsidenten ausgestellt werden. Wie schon erwähnt, will ich in weitestgehendem Maße die vorhandenen Beamtensorganisationen für meine Aufgaben heranziehen. Um die Ablieferung zu fördern, habe ich beschließen, das System der Prämienunterstützung für die Ablieferung einzuführen. Eine besondere Bedeutung sollte die der Werbestärke zu sein. Es sind Plakate vorbereitet, die zur Ablieferung dazu auffordern, und ich will versuchen, durch einen Wettbewerb auch das Lichtbild in die Dienste meiner Arbeit zu stellen.“

Eine Akademie der Arbeit in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 24. August. Ein gemischter Ausschuss, in dem u. a. das Reichs- und das preussische Staatsministerium vertreten sind, hat die Vorarbeiten abgeschlossen, die zur Gründung einer Akademie der Arbeit in Anknüpfung an die Internationale und a fortiori für die Entwaffnung übergeben, in Preußen außerdem noch Bezirkskommissare. Diese Kommissare werden vorausichtlich von der Regierungspräsidenten ausgestellt werden. Wie schon erwähnt, will ich in weitestgehendem Maße die vorhandenen Beamtensorganisationen für meine Aufgaben heranziehen. Um die Ablieferung zu fördern, habe ich beschließen, das System der Prämienunterstützung für die Ablieferung einzuführen. Eine besondere Bedeutung sollte die der Werbestärke zu sein. Es sind Plakate vorbereitet, die zur Ablieferung dazu auffordern, und ich will versuchen, durch einen Wettbewerb auch das Lichtbild in die Dienste meiner Arbeit zu stellen.“

Aus der demokratischen Partei.

Ausführung zwischen Volkspartei und Deutschnationalen. Im letzten Stadium des Reichstagswahlkampfes hatte die volkspartei- und deutschnationalen Presse in Halle miteinander Straß bekämpfen. Volksparteiler warfen den Deutschnationalen neben Lüge und Verleumdung

Sieben kundverfähige, volkfreundliche, arbeitserfreudige und energische Männer an der Spitze, die in der Tat das Vertrauen der Masse genießen, dann wird das Werk gelingen. M. F.

Kunst und Wissenschaft.

Reichsminister Dr. Koch über den Reichsminister. Aus Köln wird uns telegraphiert: Reichsminister des Innern Dr. Koch hatte während seiner Anwesenheit in Köln mit führenden Persönlichkeiten der rheinischen Kunstkreise eingehende Besprechungen über die Einwirkung des Reichsministeriums im Rheinland. Er betonte dabei, daß die neuerschaffene Institution die Aufgabe habe, in den verschiedenen Gebieten Deutschlands Kunstmittel zu sammeln, die unter Berücksichtigung von Geldliche und Volksharakter jeder Gegend dafür zu sorgen hätten, daß eine weitgehende Förderung aller Volks- und Landeskunst erreicht werde. Der Reichsminister sollte ferner die Vermittlung zwischen der Künstlerkraft und den Kunstvereinigungen erleichtern und der einzelnen Kerkreis antereileben übernehmen.

Die Pfarrhauskomödie in Saagen. Nachdem nachdem der Geltungserfolg wegen Kautendals „Pfarrhauskomödie“ gelobt hat, hat alle Widerstände trotzend, Intendant Franz Ludwig im hagenen Stadttheater das Werk mit größtem Erfolg zur Aufführung gebracht. Dramaturg Sambach machte sich um die Spielleitung sehr verdient. Es war die erste Aufführung des vielumfritten Werkes in Rheinland-Westfalen. Für weitere fünf Vorstellungen für die freien Gewerkschaften sind fünf Einlaßkarten nicht mehr zu erhalten.

Prof. Dr. Ernst Rubin, 3. im Alter von 74 Jahren ist in München der bedeutende Sachverständiger Prof. Dr. Ernst Rubin, der mehr als 40 Jahre lang das Ordinariat für arische Philologie an der Münchener Universität innehatte und 20 Jahre lang als Vertreter der historisch-philosophischen Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften war, gestorben. — Der ausseinerliche Sachverständiger, ein geborener Berliner, begann seine akademische Laufbahn im Jahre 1871 als Privatdozent in Halle. 1872 habilitierte er in gleicher Eigenschaft nach Leipzig über. Drei Jahre später wurde er Extraordinarius der veralteten Sachverständigenwissenschaft und des Sanztrix in Heidelberg. Im Dezember 1878 erfolgte seine Ernennung zum ordentlichen Professor in München. Der Gelehrte ist Mitbegründer der von seinem Vater begründeten „Beilage“ für veraltete Sachverständigen und des „Grundrisses der römischen Philologie“.